



VLG-Freude: Behörden

2

Rück- und Ausblick von
Gemeinderatsmitgliedern

VLG-Haltung: Asylpolitik

5

Die Gemeinden wollen die
Unterbringungsplätze schaffen

VLG-Forderungen: KESB-Gesetz

6

Revision der Gesetzgebung aus
Gemeindesicht

Gemeinderatswahlen

Die Zukunft der Gemeinden gestalten

Für die Luzerner Gemeinderatswahlen am 1. Mai 2016 sind 442 Kandidatinnen und Kandidaten nominiert worden. Die Gestaltung der Zukunft des kommunalen Lebensraums ist und bleibt attraktiv. Das bestätigen die Statements von bewährten Gemeinderatsmitgliedern in dieser Ausgabe.

Das Wichtigste vorweg: Am 7. März 2016 war der offizielle Eingabeschluss für die Nominierungen in den Gemeinden. Es konnten in allen Gemeinden genügend Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt werden – abgesehen von einem Sitz in Ufhusen. In 26 Gemeinden kommt es zu Kampfahlen. Am 1. Mai werden im Proporzverfahren zudem die Gemeindeparlamente von Luzern, Emmen, Kriens und Horw neu bestellt. «Die Demokratie auf Stufe Gemeinde lebt», freut sich Hans

Luternauer, Präsident des Verbandes Luzerner Gemeinden VLG. Und er hat dafür eine Erklärung: «Im Unterschied zur stark auf Gesetze ausgerichteten Arbeit auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene ist die Gemeindepolitik sicht- und spürbar.» Es sei auch heute und morgen faszinierend, den unmittelbaren Lebensraum mitgestalten zu können.

Top-News am 1. Mai

Wer wird wo und mit welchen Stimmen gewählt? Diese Frage

interessiert brennend am Wahlsonntag 1. Mai 2016. Auch bei den diesjährigen Gesamterneuerungswahlen bietet der VLG die einzige Plattform mit allen Ergebnissen aus allen Gemeinden. Die Gemeinden melden ihre Ergebnisse laufend an das Wahlteam des VLG und so ist die Bevölkerung informiert. Die wichtigste Website am 1. Mai heisst also: www.vlg.ch. Im Übrigen wird der VLG im Herbst/Winter Einschulungstage für die neu gewählten Behördenmitglieder organisieren.

Der Blick voraus

Warum treten Sie wieder an?

Reto Spörri



Reto Spörri war bei seiner Wahl 2012 der jüngste Gemeindepräsident im Kanton Luzern. Seinen Schritt in die Gemeindepolitik hat er nie bereut. Im Gegenteil, er ermuntert die junge Generation mit voller Überzeugung zum Engagement auf der Stufe Gemeinde. Hier könne man wie auf keiner anderen Ebene den Lebensraum der Zukunft gestalten. «Und genau das muss doch im Interesse der jüngeren Generation liegen.»

Nichts wissen will Reto Spörri von Kritik am Schweizer Milizsystem, auch wenn es von einem Mandatsträger eine hohe Selbstorganisation verlangt. Die Nähe der politischen Entscheidungsträger zu den Bürgerinnen und Bürgern sei eine riesige Chance. So könne man Vertrauen

zur Basis aufbauen und auch Verständnis für Entwicklungen oder Entscheide bewirken. Reto Spörri stellt sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung, weil er jetzt von seinen Erfahrungen profitieren will. Realistisch gesehen braucht es eine Amtsperiode, um sich als neuer Gemeindepräsident richtig einzuarbeiten und die Abläufe der verschiedenen Geschäfte zu kennen. Dazu gehört auch das Verhältnis zwischen Gemeinderat und Verwaltung. Wichtig sei, die Fähigkeiten der Mitarbeitenden gut zu kennen und diese zu nutzen. Reto Spörri erwartet zum Beispiel, dass die Verwaltung zu konkreten Geschäften verschiedene Varianten unterbreitet. So können gemeinsam zukunftssträchtige Lösungen entstehen.

**Gemeindepräsident Ermensee
Agronom, FDP,
seit 2012, Pensum 30%**

Vroni Thalmann-Bieri



«Man packt mal an und bleibt dabei», sagt Vroni Thalmann-Bieri spontan zu ihrer bereits 12-jährigen Tätigkeit als Gemeinderätin. Mit ungebrochenem Tatendrang kandidiert sie für eine weitere Legislatur, denn: «Die Vielfältigkeit und die gemeinsame Verantwortung für die Gemeinde sind spannend.» Selbst wenn sie weiss, dass man es nie allen Leuten recht machen kann. Sie verschweigt nicht, dass das Zeitmanagement zwischen den verschiedenen Aufgaben im Leben «manchmal fast wie Zauberei» sei. Aber, wenn man eine gesunde Einstellung habe, klappe es gut. Wichtig für Vroni Thalmann ist, dass man als Mitglied des Gemeinderates authentisch bleibt, beim Volk verankert ist und nicht abhebt.

Ein wichtiger Mosaikstein dafür ist die parteipolitische Zusammensetzung der Behörde. Es sei immer am besten, wenn alle politischen Kräfte im Gemeinderat vertreten sind. In Flühli-Sörenberg habe sich das politische Klima beruhigt, seitdem auch die SVP im Gemeinderat vertreten ist. Als grosse Herausforderung in der Arbeit eines Gemeinderates bezeichnet Vroni Thalmann den enormen Zeitdruck seitens Bund und Kanton mit Forderungen an die Gemeinde. Es gebe laufend Gesetzesanpassungen mit ungeahnten Auswirkungen auf die Gemeinden. «Es ist ein Muss, hier dabei zu sein und Gegensteuer zu geben», was auch eine Motivation für ihr zusätzliches Engagement als Kantonsrätin ist.

**Gemeinderätin Flühli-Sörenberg
Bäuerin, Sozialvorsteherin, Kantonsrätin, SVP, seit 2004, Pensum 30%**

Kari Huber-Heini



**Gemeindepräsident Neuenkirch
Projektleiter, CVP,
seit 2012, Pensum 30%**

«Alle Entscheide greifen vor der Haustür.» Genau das ist es, was Kari Huber-Heini an der Tätigkeit als Gemeindepräsident fasziert. «Fast alle Fragestellungen betreffen mein unmittelbares Umfeld, also meine Familie, Nachbarn, Vereinskollegen oder Bekannte.» Was immer man tut oder auch nicht, die Reaktionen folgen postwendend. «Manchmal ist das positiv, manchmal etwas weniger», sagt Huber mit einem vielsagenden Lächeln.

Der Neuenkircher Gemeindepräsident ist froh, dass ihm seine Familie und sein Arbeitgeber eine weitere Amtsperiode ermöglichen. Selbstverständlich ist das nicht. Es werde immer schwieriger, dass sich Leute in leitenden Funktionen zusätzlich für das Gemeinwohl einsetzen. Huber

appelliert diesbezüglich an Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. Denn die Symbiose Beruf und Politik könne durchaus für beide Seiten positiv sein.

In der täglichen Arbeit hat das Zusammenspiel von Verwaltung und Behörde eine hohe Bedeutung. Nebenamtliche Gemeinderäte müssten bei Verhandlungen mit der Bevölkerung dossiersicher sein und die grossen Zusammenhänge kennen, das Spezialwissen aber von der Verwaltung abrufen. Dabei stimmt Huber nicht blindlings das hohe Lied der Professionalisierung an. «Ob mit der zunehmenden Professionalisierung die Qualität, die Kundennähe und die Wirtschaftlichkeit im gleichen Mass Schritt halten, darf sicher in Frage gestellt werden.»

Susanne Truttmann



**Gemeinderätin Schule und Kultur
Emmen, Lehrerin, MAS Public
Management, seit 2005, Pensum 80%**

In der 30'000-Personen-Stadt Emmen ist Susanne Truttmann eine von fünf Gemeinderatsmitgliedern mit einem 80-Prozent-Pensum. Ihre Arbeit als Gemeinderätin ist also ihr Beruf, «und meine Berufung», wie sie anfügt. Wie die Kollegen aus kleineren Gemeinden spricht auch sie von einer vielseitigen und lehrreichen Aufgabe. Als Gemeinderätin arbeite sie mit verschiedensten Menschen und Institutionen zusammen. «Oft gilt es Brücken zu bauen und Kompromisse zu finden.» Im Kollegium seien Diskussionskultur und Vertrauen entscheidend. «Im Dialog müssen Strategien entwickelt, Lösungen gefunden und diese dann gemeinsam vertreten werden.» Belastend auf die Tätigkeit wirkt sich aktuell der

Spardruck aus. Susanne Truttmann spricht von einem Zielkonflikt zwischen den knappen Ressourcen in den Gemeindekassen und den unvermittelt hohen Ansprüchen der Bürgerschaft an die Leistungen der öffentlichen Hand. «Als Gemeinderätin stehe ich permanent in diesem Spannungsfeld.» Das gelte es auszuhalten. Ganz im Sinne des Philosophen Max Weber, der sagte: «Politik ist das beharrliche Bohren dicker Bretter.» Diese Erfahrung gönnt sie auch gerne jüngeren Leuten, die sie zum politischen Engagement in der Gemeinde ermuntert. In der Gemeindepolitik lernt man viel, erhält Einblicke in zahlreiche Gebiete und man lernt, «auch mal einen breiten Rücken zu haben».

Der Blick zurück

Wie sieht Ihre Bilanz aus?



Pius Höltschi

**Aesch, CVP, 16 Jahre
Gemeinderat Finanzen, Bau**

Hat das Modell Gemeinderat überhaupt Zukunft?

Ganz sicher! Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Gemeinde nur verwaltet wird. Gemeinden sind die Basis der Demokratie.

Was stimmt Sie nachdenklich?

Eine grundsätzliche Diskrepanz. Das Volk hat immer Recht. Aber ob das für das Gemeinwohl immer richtig ist? Das Nein zur Villenzone in Aesch etwa ist eine verpasste Chance für Generationen.

Was hat Sie echt gestört?

Dass Dienststellen des Kantons gegenüber Gemeinden zu anderen Schlussfolgerungen kamen als die eigenen Departemente.

Ihr Zukunftswunsch?

Einen generellen Kurswechsel des Kantons gegenüber Landgemeinden, die nicht am Ypsilon liegen. Durch Auszonungen oder Nicht-Einzonungen entsteht ein Graben zwischen Land und Stadt.



Irene Keller

Vitznau, FDP, 29 J. Gemeinderat, 16 J. Gemeindeamtfrau

Würden Sie erneut kandidieren?

Klar. Es war spannend, interessant, lehrreich, herausfordernd.

Was nervte im Gemeinderat?

Wenn Gemeinderäte partei- statt sachpolitisch diskutierten, persönliche Erfahrungen mit der Sache vermischten und wenn Bürger nicht zwischen Person und Thema unterschieden.

Was müssen Bund und Kanton ändern?

Die Gesetzesflut und die ausufernde Professionalisierung eindämmen. Letzteres ist kostentreibend und weit weg vom gesunden Menschenverstand.

Und die Wirtschaft?

Wollen wir das Milizsystem weiterführen, müssen Arbeitgeber vermehrt bereit sein, ihren Leuten die Mitarbeit in Behörden zu ermöglichen. Umgekehrt müssen Gemeinderatspensen und Besoldung attraktiv genug sein.



Brigitte Troxler

**Willisau, SP, 10 Jahre
Stadträtin Bildung, Kultur**

Auf was kommt es im Amt an?

Die gute Verankerung vor Ort und das Bewusstsein, für alle Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten. Aber, man kann es nie allen recht machen.

Was hat Sie fasziniert?

Die Entwicklung von Willisau mitzuprägen, in einem guten Team zu arbeiten und viele Gremien auf Gemeinde- und Kantonsebene kennenzulernen.

Und was war mühsam?

Ich habe das Amt nie bereut, musste aber lernen, dass Entwicklungen Zeit brauchen, Vorgaben zu berücksichtigen sind und immer Überzeugungsarbeit geleistet werden muss.

Wie bleibt der Job attraktiv?

In den letzten Jahren hat sich eine Konzentration der Tätigkeiten der Gemeinderäte auf die strategische Ebene institutionalisiert. Diese notwendige Entlastung muss noch verstärkt werden.

Asylsuchende in den Gemeinden

«Situation ist sehr, sehr angespannt»

Die aktuell grösste Herausforderung für die Luzerner Gemeinden ist die Unterbringung von Asylsuchenden. Die Situation ist laut Jim Wolanin «in den Gemeinden sehr, sehr angespannt». Vor allem im Hinblick auf das Stichtdatum 4. April 2016: Wer die nötigen Plätze nicht hat, muss bezahlen!

An den Fakten gibt es nichts zu deuteln: Von den gesamtschweizerisch im letzten Jahr erfassten 40'000 Asylsuchenden muss der Kanton Luzern 4.9 Prozent übernehmen. Das sind 1'937 Asylsuchende, was gegenüber dem Vorjahr einer Verdoppelung entspricht. Dazu kommt, dass der Zustrom auch im Jahr 2016 anhalten dürfte. Die kantonalen Aufnahmezentren sind mehr als ausgelastet, sodass aufgrund des Sozialhilfegesetzes die Gemeinden in der Mitverantwortung stehen.

Grosse Mehrheit will helfen

Die Gemeinden erkennen und – das ist entscheidend – anerkennen, dass sie in der Pflicht stehen, bei der Unterbringung der Asylsuchenden ihren Beitrag zu leisten. «So wie ich das beurteilen kann, stellt sich die überwiegende Mehrheit der Gemeinden nicht quer», sagt Jim Wolanin, Sozialvorsteher von Neuenkirch und Vertreter des VLG in der kantonalen Task Force Asyl. «Die Gemeinden wollen helfen und ihren Beitrag leisten.» Das Engagement zeigt sich auch im persönlichen Austausch. «Man redet miteinander, tauscht Erfahrungen aus, gibt sich Tipps und versucht regional zu koordinieren.»

Möglichkeiten beschränkt

Allerdings: Helfen wollen ist das eine, helfen können das andere! «Die Gemeinden sehen die Problematik, aber ihre Handlungsmöglichkeiten sind eingeschränkt.»



Stacheldrähte und Mauern – das ist nicht die Antwort der Luzerner Gemeinden auf die Herausforderung Flüchtlinge.

Gut lösen können Gemeinden den Unterbringungsauftrag, wenn sie entweder verfügbare Zivilschutzanlagen haben oder aber geeignetes Bauland, um Container aufzustellen. «Wer keine dieser beiden Möglichkeiten hat, stösst an Grenzen.»

49 Gemeinden!

Wie ein Damoklesschwert schwebt über den Kommunen der 4. April 2016. Wer bis dahin das Soll von 75 Prozent des Bestandes an aufzunehmenden Asylbewerbern nicht erreicht, wird zu Strafzahlungen verknurrt. Das betrifft viele, noch Ende Februar lagen 49 Gemeinden unter dem Quorum von 75 Prozent. Wenn sie es bis zum 4. April nicht schaffen, müssen sie eine Ersatzabgabe pro Person, die nicht untergebracht ist, bezahlen. Die Ersatzabgaben fliessen in einen Topf für Gemeinden mit mehr

als den verlangten Plätzen. Deshalb wären die Gemeinden froh, wenn ihre Vorschläge und Anträge vom Kanton zügiger behandelt würden.

VLG hat gekämpft

Diese Ersatzabgaben gehen ins Tuch. Pro Kopf muss für die ersten beiden Monate pro Tag zehn Franken bezahlt werden. Dann steigt der Betrag progressiv zur Dauer des nicht realisierten Platzes.

Allerdings hatte der Kanton anfänglich andere Vorstellungen von dieser Ersatzabgabe. Ursprünglich wollte der Kanton eine tägliche Pro-Kopf-Entschädigung von 150 Franken. «Da hat die Verhandlungsdelegation des VLG ganz hart verhandelt und so den Ansatz auf 10 Franken gesenkt», würdigt Wolanin das Engagement des VLG.

Kinder- und Erwachsenenschutzrecht

VLG will Vereinfachungen

Die Begeisterung für das neue Kinder- und Erwachsenenschutzrecht hält sich bei Gemeinden und VLG nach wie vor in Grenzen. Deshalb begrüsst der VLG Vereinfachungen bei der Revision der kantonalen Gesetzgebung.

Der Verband Luzerner Gemeinden VLG hat in einer Umfrage festgestellt, dass immer noch bei vielen Gemeinden Vorbehalte gegenüber dem neuen Recht bestehen. In der Kritik stehen vor allem die Kosten für die Behördenorganisation der KESB und die Auslagen für die von der Behörde verfügten Massnahmen, die von den Gemeinden zu tragen sind. Neben den deutlich höheren Kosten ärgern sich die Gemeinden über die unterschiedlichen Beurteilungen von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in verschiedensten Einzelfällen.

Drei Optimierungen

Zu der vom Kanton in die Vernehmlassung geschickten Gesetzesrevision nimmt der VLG wie folgt Stellung:

- Die Anpassung der Zuständigkeit der Kompetenzen eines Einzelmitglieds der Behörde wird unterstützt – als Ressourceneffizienz.
- Ja sagt der VLG zum Vorschlag, dass Verfahrenskosten bei fürsorgerischer Unterbringung, die von den Ärztinnen und Ärzten angeordnet wird, zwingend durch die KESB zu bezahlen sind. So werden Kosten einem Fall oder Mandat zugeordnet.
- Ebenso stützt der VLG den Vorschlag des Kantons, dass für unterstützungsbedürftige Personen schnell und unbürokratisch festgelegt wird, wer für die anfallenden Kosten bis zur definitiven Klärung der örtlichen Zuständigkeit aufkommen muss. Zweckmässigerweise wird dafür eine erste Gemeinde definiert.

Eintritt ins Pflegeheim

Zusätzlich fordert der VLG den Kanton auf, eine für die Gemeinden wichtige Frage in die Gesetzesrevision aufzunehmen: Künftig soll bei einem Heimeintritt – unfreiwillig oder nicht urteilsfähigen Person – die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde keinen neuen zuständigen Wohnsitz begründen (was heute der Fall ist). Der VLG argumentiert mit der heutigen Situation, wonach Mehrkosten für die Standortgemeinde des Pflegeheims entstehen. Dies kann unter Umständen dazu führen, dass Personen aus anderen Gemeinden nicht aufgenommen werden.

Neu im Vorstand

Neu im Vorstand – und die Bestätigungswahl findet erst nachher statt. Das gibt es beim VLG! Gemäss den Statuten des VLG hat der Gemeinbeschreiberverband des Kantons



Luzern einen Sitzanspruch im neunköpfigen Vorstand. Der Gemeinbeschreiberverband hat Matthias Kunz neu in den Vorstand des VLG gewählt. Matthias Kunz ist 39-jährig und arbeitet als Gemeinbeschreiber von Hergiswil.

Er ersetzt Peter Kneubühler, Stadtschreiber von Willisau. Peter Kneubühler gehörte dem Vorstand des VLG fast acht Jahre an und hat verlässlich und sachlich die Sichtweisen der Gemeindeverwaltungen in die VLG-Arbeit eingebracht. Herzlichen Dank Peter Kneubühler für das Engagement und alles Gute Matthias Kunz in der spannenden VLG-Arbeit. Die formelle Bestätigungswahl findet an der Generalversammlung 2016 statt.

Generalversammlung

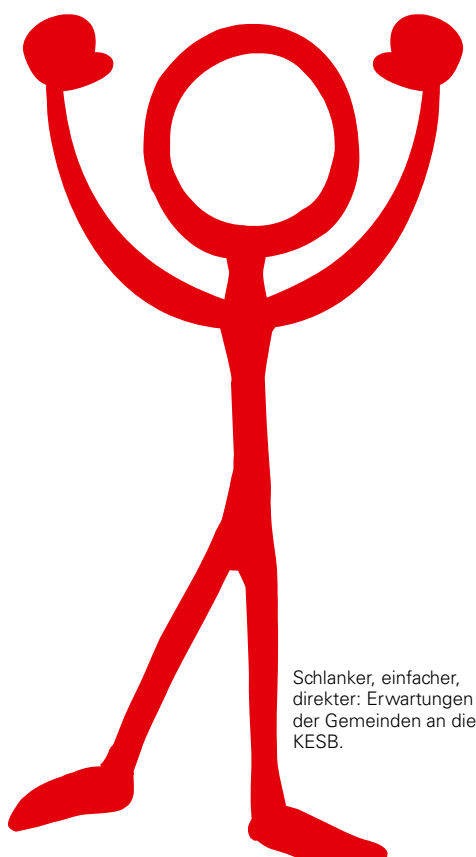
Der Verband Luzerner Gemeinden VLG führt seine Generalversammlung am Mittwoch, 13. April 2016, 17.00 Uhr, in Rothenburg durch. Dabei wird erstmals seit seiner Wahl Regierungsrat Paul Winiker als Justizdirektor sprechen.

Impressum

Herausgeber:
Verband Luzerner Gemeinden VLG
Postfach 3065, 6002 Luzern,
Tel. 041 368 58 10 info@vlg.ch

Ausgabe: gazette März 2016
Konzept/Texte/Redaktion: Ludwig Peyer/
Kurt Bischof

Fotos: shutterstock, zvg
Gestaltung/Produktion:
bischof | meier und co, Hochdorf
Druck: Meyer Rottal Druck AG, Ruswil
Auflage: 1000 Exemplare



Schlanker, einfacher,
direkter: Erwartungen
der Gemeinden an die
KESB.